

Meinungen

CO₂-Preis statt Verbot und Subvention

HITZESOMMER Die heutige Klimapolitik kostet viel und nützt dem Klima wenig. Eine ausnahmslose Abgabe auf Treibhausgasemissionen von 100 Fr. pro Tonne wäre einfacher, günstiger und wirksamer. **REINER EICHENBERGER**

Der Sonnensommer 2026 veränderte die Klimadiskussion nachhaltig. Zum einen machte er eine gegenüber den Treibhausgasen vernachlässigte Ursache der gegenwärtigen Erwärmung bekannter: Dank Luftreinhaltepolitik wird die Luft immer saubere-r und lässt mehr Sonnenstrahlen bis zum Boden durch. Wer nun die Erwärmung auch als Folge «guter» Ursachen sieht, beurteilt sie freundlicher.

Zum anderen – und das ist der Game Changer – wird die Klimadis-kussion endlich konkret. Bisher war sie oft weltfremd und ideologisch. So soll die Erwärmung auf 1,5 Grad be-schränkt werden, gemessen ab Beginn der Industrialisierung um 1870, gegen-über der es heute schon um mehr als 1,5 Grad wärmer ist.

Das daraus abgeleitete Netto-null-Emissionsziel bis 2050 der Schweiz und der EU soll vor allem durch die Förderung erneuerbarer Energien mit Subventionen und Regulierungen er-reicht werden. Das bringt der EU und der Schweiz riesige Kosten, aber dem Klima kaum Nutzen.

Denn ihr Anteil an den Weltemis-sionen beträgt nur 6%, und ihre Politik senkt nur ihre Nachfrage nach fossilen Energien, aber nicht deren Angebot. Dieses würde sogar wachsen, wenn die Anbieter an die Dekarbonisierung glauben würden. Denn dann würden ihr Erlös kontinuierlich sinken, weshalb sie ihr Öl und Gas schnellstens fördern und verkaufen müssten.

Der Charme des Konkreten

Je fühlbarer die Erwärmung wird, desto weniger geht es um Ideologie und die ferne Zukunft und desto mehr da-rum, was nun ganz konkret getan werden kann. So wird die Sommerhitze zum Fegefeuer für ideologische Fase-lei. Das illustriert die Debatte über Klimaanlagen. Die-jenigen, die bisher eine wirksame Kühlung sogar von Altersheimen, Spitälern und Schulen verhinderten, sind nun plötzlich für Klimaanlagen – wenn auch nur mit Solarstrom und so nur am Tag.

Was bringt die konkrete Diskussion? Erstens geht es endlich um Anpassung an den Klimawandel, zweitens um

die Steigerung der Effizienz der Emissionsreduktion. So-lange es in der Klimapolitik stark um ideologische Positi-onierung und die Jagd auf Subventionen ging, war Effizienz Nebensache, und wurde das Thema Anpassung gemieden. Denn wenn sie sich als einfach und billig erweist, wird der Klimapanikbewirtschaftung die Grundlage entzogen.

Was wird sich durchsetzen: An-passung oder Emissionsreduktion? Anpassung ist ein privates Gut. Die-jenigen, die sich schützen, haben zwar die Kosten, aber auch den Nut-zen davon. Das bringt sinnvolles Ab-wägen der eigenen Schutzanstren-gungen, und es setzt enorm starke Anreize für Unternehmer, Schutz-mechanismen zu entwickeln und verkaufen. Mit anderen Worten: An-passung funktioniert.

Emissionsreduktion ist hingegen fachsprachlich ein «internationales öffentliches Gut». Diejenigen, die die Emissionen reduzieren, haben die Kosten, aber die Nutzen verteilen sich auf alle heutigen und zukünftigen Menschen und Lebewesen.

Deshalb ist die Bereitschaft von In-dividuen und Regierungen klein, frei-willig die Emissionen zu reduzieren.

Die Wahrscheinlichkeit, dass entweder nicht viel Klima-schutz betrieben wird oder dass das, was als Klimaschutz deklariert wird, statt dem Klima Subventionsjägern und Ideologen dient, ist sehr gross. Klimaschutz muss deshalb effizienter werden. Dafür gibt es eine einfache Lösung. Ein einheitlicher, ausnahmsloser CO₂-Preis.

Das geht so: Erstens wird die Klimapolitik von Men-genzielen und Regulierung auf Preisziele umgestellt. Statt zu versuchen, fixe Emissionsziele durch immer neue Regulierungen, Verbote und Subventionen zu er-zwingen, legt die Schweiz einen angemessenen, aus-nahmslosen CO₂-Preis fest. Schätzungen für einen opti-malen CO₂-Preis in den nächsten zehn Jahren liegen bei rund 60 bis 120 \$ pro Tonne. Wenn die Schweiz einen CO₂-Preis von 100 Fr. pro Tonne erheben würde, ergäbe das bei den heutigen Emissionen von rund 40 Mio. Ton-nen Einnahmen von etwa 4 Mrd. Fr. pro Jahr. Das ent-spricht rund 1,2 Mehrwertsteuerprozentpunkten.

Zweitens werden die Einnahmen aus dem CO₂-Preis vollständig an die Bevölkerung zurückgegeben – idealer-

weise über eine Senkung der Mehrwertsteuer, weil an-sonsten der CO₂-Preis den Konsum und damit indirekt die Leistung belastet. Mit einem einheitlichen CO₂-Preis haben Produzenten und Konsumenten die richtigen An-reize für effizienten Klimaschutz. Klimapolitik würde dadurch einfacher, günstiger und wirksamer: Wer CO₂ verursacht, zahlt, wer CO₂ vermeidet, spart.

Drittens werden Subventionen für Alternativener-gien und Energiesparmassnahmen aufgehoben und kostspielige klimapolitische Regulierungen abgebaut. Der CO₂-Preis dient bereits dem Klimaschutz: Er lenkt das Verhalten von Bürgern und Unternehmen effizient, ohne dass der Staat zusätzlich einzelne Technologien, Branchen oder Verhaltensweisen privilegieren muss. Der Abbau von Regulierungen setzt weitere Ressourcen frei und fördert wirtschaftliches Wachstum.

Unsinnige Behauptung

Natürlich wirkt auch diese Politik nur aufs Klima, wenn sie von einer grossen Mehrheit der Länder umgesetzt wird. Aber sie ist volkswirtschaftlich weit billiger als die heutige Politik. Weshalb also wurde sie bisher nicht rea-lisiert? Erstens lobbyieren die Grosseemittenten dage-gen, und zweitens haben die Regierungen kein Interesse an Lenkungsabgaben, die gleich an die Bürger zurückflie-sen. Sie wollen das Geld für sich und damit subventio-nieren und regulieren. Deshalb behaupten Regierungen und Grosseemittenten, die Wirtschaft könne einen ange-messenen CO₂-Preis nicht tragen.

Aber das ist Unsinn. Die Abgaben wären im Vergleich zur heutigen Besteuerung von Leistung und Konsum mit Einkommens- und Mehrwertsteuer minimal. Angesichts kompensierender Steuersenkungen sowie der Aufhe-bung vieler Regulierungen und Subventionen würden die allermeisten Firmen entlastet. Unerfreulich wäre sie nur für die Profiteure der heutigen Subventionitis und Reguliererei.

Höchste Zeit also, dass die Schweiz auf einen ange-messenen CO₂-Preis umstellt. So würde für alle sichtbar, wie gut er funktioniert und wie falsch die Einwände da-gegen sind – was die Schweiz zum internationalen Vorbild werden liesse und der wirksamen Klimapolitik zuerst zum europa- und dann weltweiten Durchbruch verhelfen könnte.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.

Schweiz und China setzen Zeichen

Die Schweiz hat das Frei-handelsabkommen mit China erneuert. Ist das nun der grosse Wurf oder bloss eine Anpassung der Parameter? Wie so oft liegt die Antwort dazwischen.

Der Erfolg zu-erst: Künftig können 99,8% der Schweizer Exporte zollfrei nach China verkauft werden. Freuen dürfen sich die Uhren-, Pharma- und Maschinenindustrie, während die Schweiz bei der Landwirt-schaft Konzessionen machen muss. Allerdings tritt die neue Regelung erst nach einer Über-gangsfrist von fünf bis zehn Jahren in Kraft.

Zudem ist es nicht so sehr ein neuer Meilenstein als vielmehr eine überfällige Korrektur des Abkommens, das bereits zwölf Jahre in Kraft ist. Denn derzeit werden «rund die Hälfte» der Schweizer Waren zollfrei nach China eingeführt, während «fast alle» chinesischen Importe ohne Zölle in die Schweiz gelangen, gemäss dem Bundesrat.

In der Präambel steht neu ein Verweis auf die Menschenrechte, und weiter unten werden Umweltpflichten erwähnt.

Das ist ein diplomatischer Coup für die Schweiz, aber nicht mit konkreten Eingeständnissen Chinas verbunden. Denn es gibt zwar einen Streitschlichtungsprozess via ein Expertenpanel, dieses kann aber nicht rechtlich bindend durchgreifen.

Der vielleicht wichtigste Effekt des opti-mierten Freihandelsabkommens ist das Signal, das Bern damit nach Washington sendet: Wenn die zweitwichtigste Han-delspartnerin droht und erpresst, gibt die Schweiz nicht klein bei, sondern stellt die Beziehungen zum dritt wichtigsten Han-delspartner auf ein stabileres Fundament.



MARA BERNATH
Redaktorin
zum Thema
Freihandel

Putin hat keine guten Optionen mehr

UKRAINEKRIEG Russland steuert auf eine Finanz- und Gesellschaftskrise zu, doch ein Waffenstillstand könnte für Putin noch gefährlicher sein. **ANDERS ÅSLUND**

Unter Russlandbeobachtern herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass das Land vor einer anhaltenden Phase der Stagflation steht. Das Wachstum dürfte in diesem Jahr kaum über 1% liegen, und die Inflation verharrt bei 6% (oder mehr). Der Haushalt für 2026 überraschte Analysten mit einer Zuweisung von 183 Mrd. \$ für nationale Sicherheit und Verteidigung – etwa genauso viel wie im Jahr 2025.

Daraus liess sich schliessen, dass Putin einen Zermübungskrieg akzeptiert hatte, statt zu versuchen, die Ausgaben zu erhö-hen und einen Sieg zu erringen. Aber würde er eine solche Einschränkung wirk-lich akzeptieren? Tatsächlich hielt er in den ersten drei Kriegsjahren zwar an einem Haushaltsdefizit von etwa 2% des BIP fest, doch stieg dieser Anteil 2025 auf 2,6%, und in den ersten sieben Monaten des Jahres 2026 liess er das Defizit auf 2,8% des BIP steigen. Ein solches Ungleichge-wicht ist haushaltspolitisch untragbar.

Haushalterische Klemme

Doch Russland verfügt über keine ande-ren staatlichen Finanzierungsquellen als Steuern und inländische Kredite. Nicht einmal China gewährt ihm Kredite, und die Bundeseinnahmen bewegen sich trotz

wiederholter Erhöhungen der Unterneh-mens-, der Mehrwert- und der Einkom-menssteuer weiterhin um 18% des BIP. Zu diesem Zeitpunkt wären weitere Steuer-erhöhungen rein nachteilig. Putins letzter Ausweg scheint der winzige liquide Anteil des nationalen Wohlfahrtsfonds zu sein.

Infolgedessen hat die Regierung Staats-anleihen an staatliche Banken verkauft. Wie Craig Kennedy vom Davis Center for Russian and Eurasian Studies der Harvard University aufgezeigt hat, vergeben staat-liche Banken zudem grosse Kredite an rus-sische Rüstungsunternehmen, während sie gleichzeitig Repo-Kredite von der Zentralbank erhalten. Diese indirekte Methode der Geldschöpfung könnte die Diskrepanz zwischen der offiziell gemel-deten jährlichen Inflationsrate (6% im Juni) und den Inflationserwartungen der Bevölkerung (14,7%) erklären.

Russland rühmt sich seit Langem, dass seine Staatsverschuldung bei nur etwa 15% des BIP liegt. Doch diese Verschul-dung ist nur deshalb so niedrig, weil die Regierung praktisch nirgendwo ausser-halb Russlands Geld leihen kann. Da die Zentralbank zudem einen Zins von 14% beibehält, sind die Kosten für den Schul-dendienst der russischen Staatsschulden hoch, was jegliche militärische Ver-

schwendung unhaltbar macht. Wenn der Kreml also an seiner derzeitigen Finanz-politik festhält, dürfte dies letztendlich zu einer deutlich höheren Inflation, einer Finanzkrise oder beidem führen.

Afghanistan mahnt

Dennoch sieht es so aus, als würde Putin alles auf eine Karte setzen. Vom 18. bis 20. September sollen in Russland Wahlen zur Staatsduma stattfinden, und da nicht mit einer Opposition zu rechnen ist, gibt es be-reits zahlreiche Spekulationen, dass Putin kurz danach eine militärische Mobilmachung anordnen wird.

Als er dies zuletzt im September 2022 versuchte, wanderten gut ausgebildete junge Männer massenhaft aus. Eine weite-re Mobilmachung dürfte eine ähnliche Fluchtwelle auslösen. Angesichts des ohnehin schon knappen Arbeitskräftean-gebots wäre dies ein schwerer wirtschaftli-cher Schlag.

Doch Putin steckt in der Zwickmühle, denn die Alternative wäre, einen Waffen-stillstand anzustreben, was sich für sein Regime als noch gefährlicher erweisen könnte. Auch wenn während des geschei-terten Krieges des Kremls in Afghanistan in den Achtzigerjahren nur 15000 sowjeti-

«Es gibt bereits zahlreiche Spekulationen, dass Putin kurz nach der Duma-Wahl eine militärische Mobilmachung anordnen wird.»

sche Soldaten starben, reichte dies aus, um in Russland eine heftige Gegenreaktion auszulösen, die schliesslich dazu führte, dass das Land von kriminellen Banden heimgesucht wurde, in denen Veteranen eine grosse Rolle spielten.

Diesmal sind schätzungsweise fast 500000 russische Soldaten in der Ukraine ums Leben gekommen, und die Zahl der Kriegsveteranen, die unter einer posttrau-matischen Belastungsstörung leiden, dürfte weitaus grösser sein. Diese Gruppe ist vermutlich eine von Putins grössten Sorgen, und das damit verbundene Risiko macht es unwahrscheinlich, dass er um Frieden bitten wird.

Dennoch kann er den Krieg, den er be-gonnen hat, nicht gewinnen, da Russland technologisch nicht mithalten kann. Mit ihrer freieren Wirtschaft hat die Ukraine enorme Fortschritte beim Einsatz von Drohnen und anderen neuen Technolo-gien gemacht, während Russlands Rüs-tungsindustrie nach wie vor im trägen Staatskonzern Rostec konzentriert ist.

Obwohl die meisten Russen aus der Mittelschicht noch nicht zum Kampf ge-zwungen wurden, schwinden ihre beruf-lichen und wirtschaftlichen Möglichkei-ten angesichts steigender Preise, und die unerbittlichen ukrainischen Bombar-dements haben zu Kraftstoff- und ande-ren Versorgungsengpässen geführt. Kein Wunder, dass Putin in Panik ist und mit einem gepanzerten Zug zwischen seinen verschiedenen Bunkern hin und her eilt.

Putins Angst erstreckt sich auch auf seinen engsten Kreis, den er regelmässig von vermeintlichen Abtrünnigen säubert. Doch trotz dieser Instabilität scheint Putin bereit zu sein, auch mit einer finanziellen Destabilisierung zu pokern. Seine Lage ist noch nicht verzweifelt, aber er hat keine guten Optionen.

Anders Åslund ist schwedischer Ökonom. Copyright: Project Syndicate.